

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

12/2021

Dezember 2021

Militarisierung!

Vor kurzem wurde mit C. Breuer ein General an die Spitze des „Corona-Krisen-Stabs“ berufen, einer, der der auch schon im Militäreinsatz im Kosovo und in Afghanistan war. Das ist keine Kleinigkeit. Tatsächlich ist dies nur ein weiterer Schritt einer schon seit Jahren feststellbaren, nun aber offenbar forciert vorangetriebenen Entwicklung: Im Inneren wird die „Präsenz“ der Bundeswehr in verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen massiv verstärkt. Bei alledem geht es vorrangig um eins: Durch die umfassende Militarisierung im Inneren soll die „Basis“ geschaffen werden für forcierte Kriegsvorbereitungen nach außen.

Imagegewinn und Gewöhnung – Immer mehr Bundeswehr-Präsenz im Inneren

Mit großem Tamtam wurde die Bundeswehr als „Retter“ nach den Überschwemmungen im Ahrtal eingesetzt. Seit Beginn der Corona-Pandemie wurden und werden bis zu 25.000 Soldat:innen für den Einsatz bereitgehalten. Voll uniformierte Bundeswehr-Soldaten drangen weit in das staatliche Gesundheits- und Sozialsystem ein. Sie werden immer ungenierter unter dem Vorwand von Corona und „Amtshilfe“ Gesundheitsämtern zugeteilt, um Kontaktdaten zu erfassen und nachzuverfolgen usw. Seit März 2020 sind somit Soldat:innen, die sich beruflich dazu entschieden haben, Deutschlands imperialistische Ambitionen mit Waffengewalt durchzusetzen, in Krankenhäusern, Gesundheitsämtern, Altenheimen und Testzentren und an den Grenzen zu den Nachbarländern anzutreffen. Z. B. halfen bis zu 200 Soldat:innen der Bundeswehr in den Berliner Pflegeheimen bei den Corona-Schnelltests, beim Lüften in den Zimmern und Verteilung von Desinfektionsmaterial.

Mit Salamitaktik wird die Bevölkerung immer mehr daran gewöhnt werden, die Präsenz der Bundeswehr als „Freund und Helfer“ in immer mehr Bereichen als Normalität anzusehen. Das ist klar ein Einfallstor, um die Militarisierung voranzutreiben.

Tatsächlich erfasst die Militarisierung die Bevölkerung buchstäblich von Kindesbeinen an und wird mit riesigen Kampagnen und Maßnahmen vorangetrieben – bis hin zu Lampion-Umzügen von Kitas durch Kasernen. Das hat handfeste Gründe: Der „Rückhalt“ der Armee in der Bevölkerung, deren Akzeptanz und aktive Unterstützung ist von eminenter Bedeutung für die Kriegsvorbereitungen der deutschen Imperialisten, für die Erfolgsaussichten längerdauernder und breit angelegter Kriegsführung.

Es sei daran erinnert: Die Unterstützung der Nazi-Armee durch breiteste Teile der deutschen Bevölkerung war ein entscheidender Faktor für die Nazi-Kriegsführung im Zweiten Weltkrieg. Das konnte letztendlich die Niederlage Nazi-Deutschlands nicht verhindern. Das ist allerdings ein entscheidender Grund, warum bis in die letzten Kriegstage 1945 noch ein erbitterter militärischer Kampf der Armeen der Anti-Hitler-Koalition gegen die Nazi-Wehrmacht und den „Volkssturm“ nötig war, warum die Rote Armee sogar in den letzten Kriegstagen unter großen Opfern in Berlin Haus für Haus freikämpfen musste.

Propaganda-Offensiven für mehr Soldaten

Die Image-Offensiven der Bundeswehr als „Freund und Helfer“ gehen einher mit

Nazi-Strukturen in der Bundeswehr

Seit längerer Zeit existieren eine Fülle eher durch Zufall aufgedeckter Nazi-Kameradschaften innerhalb von Polizei und Bundeswehr. Diese beweisen, dass es durchdachte, miteinander zusammenhängende konspirative Netzwerk auf verschiedenen Ebenen gibt. Diese sind zum einen charakterisiert durch Nazi-Hetze bis hin zu Morddrohungen in Chats usw. Zum anderen sind diese dadurch gekennzeichnet, dass sie konkret auf ein aktives Eingreifen für die parlamentarisch von der AFD geführte sogenannte „Antiimpf-Bewegung“, ja auch auf einen „Tag X“, eine Art Militärputsch hinarbeiten. Die Mitglieder der Elite-Truppe KSK wurde nach solchen skandalösen Enthüllungen jedoch nicht festgenommen. Deren Aktivisten wurden lediglich auf die verschiedensten militärischen Einheiten der Bundeswehr verteilt. Bekannt ist, dass Ende 2020 bereits 471 Nazis per Haftbefehl gesucht sind, also mehr oder minder im Untergrund arbeiten. Diese Zahl erhöhte sich Ende 2021 auf 596 Nazis (taz 29.12.2021). Funde von vergrabenen Waffen und Sprengstoff auch in Wohnungen sind inzwischen so gut wie „normale“ Kleinmeldungen in den Medien – als gehe es um „Waffennarren“! Die Bundeswehr-Führung machte sogar das offizielle Angebot, entwendete Waffen straffrei zurückzugeben.

Nunmehr aber wird von den Nazis auch ausgetestet, wie weit es nicht-konspirative Rückmeldungen aus der Bundeswehr für ihre Initiativen gibt. Ganz öffentlich melden sich ehemaligen Bundeswehrangehörige – ähnlich den sogenannten „Reichsbürgern“ – mit Aufrufen zum Zusammenschluss zum „Schutz“ der abgehaltenen Nazi-Demonstrationen, soll heißen zum Vorgehen gegen demokratische Kräfte und gegebenenfalls auch gegen Polizeikräfte.

Wie stark die Nazi-Ideologie in der Bundeswehr zusätzlich zum Militarismus verankert ist, lässt sich schwer beweisen. Selbst ein führender CDU-Politiker namens Merz vermutet schon im Juni 2019, dass über die Hälfte aller Sicherheitskräfte in Bundeswehr und Bundespolizei AFD-Wähler wären. Die Leitung des deutschen Staates und der Bundeswehr verweigert gegenüber Medien Auskünfte. Dasselbe ist selbst bei parlamentarischen Anfragen (24.0.2021) der Fall, wo mit Berufung auf die Sicherheitsinteressen der BRD jegliche Antworten verweigert werden.

Fortsetzung auf S. 2

Fortsetzung von S. 1

Es geht um Gruppen in Telegram-Kanälen mit Namen wie „Veteranen 5n12“ (5 nach 12), „Veteranen Pool“ oder „Soldaten und Reservisten“ rund um einen Frank Horn, bei dem rund 7.000 Personen gespeichert sind. Dieser Mensch erklärt relativ offen, dass sich Militärs auf den Tag X vorbereiten müssten und die „Regierung dem internationalen Strafgerichtshof in Den Haag“ übergeben werden müsse und ähnliches.

Publikumswirksam trat etwa ein Mensch, der sich als Gebirgsjäger aus der Kaserne Bad Reichenhall“ vorstellte, auf einer Nazi-Kundgebung mit Sprüchen wie „eure Leichen wird man auf den Feldern verstreuen“ auf. Nach kurzer Verhaftung (1 Tag) wurde er am 30. Dezember freigelassen.

Staatlicherseits erfolgt Verschleierung und Bagatellisierung. So spricht der der militärische Abschirmdienst (MAD) auf Nachfragen hin spricht lediglich von 477 „rechtsextremen Verdachtsfällen“ in der Bundeswehr, während im Verteilungsministerium von 843 solcher Verdachtsfälle die Rede ist – was hier passiert, bleibt völlig im Unklaren.

Es gilt selbstständig zu recherchieren, aufzuklären und antinazistisch-antimilitaristisch zu mobilisieren!

riesigem Werbe-Aufwand für die Bundeswehr selbst. Aktuell werden jedes Jahr rund 30 Millionen Euro für Werbung auf Messen, für Plakate, YouTube-Videos und andere Auftritte ausgegeben, die sich hauptsächlich an Jugendliche richten.

Für die Auftritte an den Schulen gibt es ein spezielles Bundeswehr-Personal. Sogenannte Karriereberater:innen sollen die Jugendlichen direkt für den „Dienst an der Waffe“ werben. Laut Bundesregierung erreichten die ca. 400 „Karriereberaterinnen und Karriereberater“ im Jahr 2019 bundesweit bei rund 4.500 Vortragsveranstaltungen über 100.000 Schüler:innen. Bei weiteren ca. 1.150 „Ausstellungen, Projekttagen, Jobmessen, Berufswahltagen und ähnlichen Veranstaltungen auf Schulgelände“ sowie Truppenbesuchen wurden nochmals über 135.000 Schüler:innen erreicht. Dazu kommen als weltweit einmalige Einheit sogenannte Jugendoffiziere. Das sind junge Soldat:innen mit abgeschlossenen Hochschulstudium und eloquentem Auftreten. Diese gehen an Schulen, um Vorträge über die Einsätze der Bundeswehr und andere „sicherheitspolitischen“ Themen zu halten. 2019 haben die Jugendoffiziere bei tausenden Veranstaltungen ca. 115.000 Schüler:innen antimilitaristisch beeinflusst.

Seit 2011 wurden mehr als 15.000 Minderjährige einberufen, die in der Bundeswehr immer wieder schweren Rechtsverletzungen wie Vergewaltigungen oder erniedrigenden Aufnahmeverfahren ausgesetzt sind.

„Zivil-militärische Zusammenarbeit“ im Dienst der Kriegsvorbereitung

Die immer engere Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft erfolgt gerade auch unter dem Schlagwort der „Zivil-militärischen Zusammenarbeit“. Dabei geht es um das „Zusammenwirken“ von staatlichen oder nichtstaatlichen zivilen Organisationen mit denen der Bundeswehr bei Vorsorge- und Versorgungsmaßnahmen, beim Katastrophenschutz, beim „Spannungs- und Verteidigungsfall“. Ganz besondere Bedeutung hat dabei sowohl für Inlands- als auch Auslandseinsätze die 2008 vereinbarte engste Verzahnung mit dem Technischen Hilfswerk.

Alles ist genau durchorganisiert. An der Spitze steht das „Kommando territoriale Aufgaben der Bundeswehr“. Dessen Leiter war General C. Breuer, bevor er zum Chef des „Corona-Krisen-Stabs“ gemacht wurde. In jedem Bundesland gibt es ein Landeskommmando. Mit dem „Territorial Hub“ schuf die Bundeswehr zudem eine digitale Infrastruktur, um das Militär dauerhaft und fest mit den Strukturen der zivilen Krisenbewältigung zu vernetzen.

Primäres Ziel ist es, dass diese Strukturen im „Ernstfall“ des Krieges gut aufgestellt und aufs engste mit der Bundeswehr verbunden sind. Diese Militarisierung des Katastrophenschutzes wird dabei aktuell, durchaus geschickt, mit dem Image des „Helfers“ vorangetrieben und eingespielt. Bis August 2021 hat die Bundeswehr über 7.000 „Amtshilfemaßnahmen“ abgeschlossen und ist in rund 85 Prozent aller Landkreise in Deutschland aktiv geworden.

Hinzu kommt die Fülle von Vereinbarungen zwischen der Bundeswehr und kapitalistischen Unternehmen. So wurde im Dezember 2021 eine Vereinbarung zwischen dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und der Bundeswehr abgeschlossen, bei der es u. a. um „gezielte Zusammenarbeit im Bereich des freiwilligen Reservistendienstes“ geht. Der Bundeswehr-Reservistenverband propagiert sogar ein „zivil-militärisches Lebensarbeitszeitmodell“, das 2020 u. a. mit Kraus-Maffei, MBDA Missile Systems, DHL als Pilotprojekt startete. Ein Kernpunkt ist die Verpflichtung zu regelmäßigen „Reservistenleistungen“ für die Bundeswehr.

Auch der Wissenschaftsbetrieb an den Universitäten und Hochschulen hat sich in den letzten Jahren zunehmend militarisiert. Immer häufiger kommt es zu militärischen Forschungsprojekten, die, wie es in den Strategiepapieren der Bundesregierung heißt, der Sicherung der Rüstungsindustrie in Deutschland dienen sollen. Gezielt wird die sogenannte „Dual-Use“-Forschung gefordert, die sowohl zivil als auch militärisch eingesetzt werden kann.

Dieses Netzwerk der „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ kann auch auf die DGB-Führung und ihren Apparat bauen. Diese erklärte schon 2011 wörtlich, dass sie ihren „Frieden mit der Bundeswehr gemacht“ hat und pflegt auf verschiedenen Ebenen die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr sowie dem Deutschen Bundeswehrverband.

Aufbau einer „Heimatschutz“-Armee

Im April 2021 startete der „Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz“. Das ist eine sieben Monate dauernde Militärausbildung mit der Verpflichtung zu weiteren fünf Monaten Dienst als Reservist:in. Die ersten 325 Rekrut*innen rückten in die Kasernen ein. Nach aktuellen Plänen der Bundeswehr sollen bis 2025 insgesamt 5.000 Reservist*innen, organisiert in fünf



Antimilitarist:innen haben dieses und weitere Plakate verbreitet und geklebt. Äußerlich angelehnt an das Layout und die Sprüche der Bundeswehr-Plakate wird inhaltlich der wahre Gehalt der militaristischen Bundeswehr-Propaganda treffend entlarvt. Weitere Beispiele sind enthalten in: „Rote Hilfe“ 4.2021.

„Heimatschutzregimentern, für den Einsatz im Inland zur Verfügung stehen.

Der tatsächliche Kernauftrag der Heimatschutztruppe ist im Kern ein militärischer. Die neue Heimatschutztruppe soll die „außen“ im imperialistischen Krieg aktiven Kampftruppen im Inneren unterstützen und entlasten. In einer aktuellen Broschüre des Verteidigungsministeriums mit dem Titel „Heimatschutz in Deutschland“ heißt es: „In Krisenlagen müssen sich die Heimatschutzkräfte darauf einstellen, die für die Verteidigung wichtige Infrastruktur in Deutschland als rückwärtigem Raum einer möglichen Bündnisverteidigung zu sichern und zu schützen.“ Als Beispiele für militärisch schützenswerte Infrastruktur werden genannt: „Häfen und Bahnanlagen, Güterumschlagplätze, die NATO-Pipeline, Marsch Straßen, Brücken, Verkehrsknotenpunkte und digitale Infrastrukturen.“ (Zitiert nach RH-Zeitung 4.2021 S. 32)

„Heimatschutz“ – Allein schon dieser keineswegs zufällig gewählte Begriff hat gerade auch auf Nazis eine besondere Anziehungskraft. Diverse Nazi-Gruppierungen von AfD bis Nazikameradschaften nutzen den Begriff Heimatschutz, darunter auch der „Thüringer Heimatschutz“, aus dem das mörderische NSU-Terrornetzwerk hervorging. Welche Jugendlichen und jungen Erwachsenen sich von einem „Dienst für Deutschland“ im „Heimatschutz“ mit der Ausbildung an der Waffe angezogen fühlen, liegt auf der Hand. Die Reserve der Bundeswehr ist bereits jetzt von Nazis durchzogen. Das belegen sogar Zahlen des Militärgesheimdienstes (MAD) vom Mai 2021. Der MAD hatte 1.200 Reservist:innen als „Rechtsextremisten“ eingestuft.

Nicht vergessen: Das Bundeswehr-Massaker in Afghanistan 2009

Am 4. September 2009 wurden in Afghanistan bei dem von der Bundeswehr veranlassten Massaker über 100 Menschen ermordet und viele zum Teil schwer verletzt. Ein solches direkt durch das deutsche Militär veranlasste Bombardement mit einer so hohen Opferzahl an Zivilisten stellt eine neue Dimension in der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus nach 1945 dar. Der damals befehlshabende Oberst Klein wurde 2013 zum Brigadeoffizier befördert.

In der Tat diente und dient dieses Massaker und dessen Legitimierung auch als Drohung für zukünftige Bundeswehreinsätze gegenüber der Bevölkerung anderer Länder.

Zur Kriegsvorbereitung gehört auch die maximale Überwachung aller Personen in Deutschland

Wer Krieg führen will, muss dafür sorgen, dass an der Heimatfront Ruhe herrscht und Widerstand sofort niedergeschlagen wird. Dafür ist eine flächendeckende Überwachung aller Personen, ihres Standorts und der Begegnung der einzelnen Person mit anderen Personen eine wichtige Voraussetzung. Hier ist das zentrale Instrument die neue technische Errungenschaft des Handys. Diese führt dazu, dass jeder Mensch mit dem Handy ein Bewegungsmelder mit sich führt. Hinzu kommen immer mehr flächendeckende Videokameras mit Gesichtserkennung und Ähnliches. Das ist seit Jahren so. Möglicherweise bewusster ist diese flächendeckende Überwachungsmöglichkeit nun geworden, da teilweise nachvollziehbare Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie (z. B. Schutz für besonders Gefährdete in Alters- und Pflegeheimen) mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen verknüpft werden, die als eine Gewöhnung an polizeistaatliche Standards bezeichnet werden können.

Es ist klargeworden, dass die Polizei ihre Fahndungsmaßnahmen durch die Corona-Zettel in Gaststätten oder die Nutzung von irgendwelchen Corona-Apps nicht nur nutzen kann, sondern auch genutzt hat. Die angebliche Anonymisierung ist eine Augenwischerei. Tatsache ist zudem, dass jetzt Hunderttausende, ja Millionen von einfachen Angestellten in kleinen Läden und Gaststätten täglich als Kontrollur:innen von Personalausweisen eingesetzt werden. Damit nimmt die mentale Bereitschaft zu gegenseitiger Überwachung in der Bevölkerung zu.

Es gibt eine schwierige Gemengelage bei Maßnahmen, die zum Schutz vor Ansteckung dienen sollen, teilweise allerdings auch gar nichts mit Corona zu tun haben. Das darf aber keineswegs daran hindern, auf die katastrophale Lage im Gesundheitswesen durch Privatisierung und extrem niedrige Bezahlung vor allem des Pflegepersonals hinzuweisen und gleichzeitig alle medizinisch unnützen und schikanösen, polizeistaatlicher Überwachung dienenden Maßnahmen abzulehnen.

Vorbereitung und Erprobung von Bundeswehr-Repressionseinsätzen im Inneren

Ob mit oder ohne Gesetzesgrundlage, für alle Fälle bereiten die deutschen Imperialisten auch den Einsatz der Bundeswehr nach innen zur Unterdrückung fortschrittlicher und revolutionärer Bewegungen vor. Die gegen den Widerstand hunderttausender Arbeiter:innen und Jugendlicher 1968 von der großen Koalition verabschiedeten „Notstandsgesetze“ regeln für den „inneren Notstand“ die Außerkraftsetzung der sogenannten „bürgerlich-demokratischen Freiheiten“, wie z.B. des Versammlungs- und Streikrechts und auch ganz „legal“ den repressiven Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Offiziell festgeschrieben wurde inzwischen, dass der Einsatz der Bundeswehr im Inneren auch bei „terroristischen Großlagen“ möglich sei. Wo die Definitionsmacht liegt, ist wohl klar. Die Praxis geht auch schon in diese Richtung:

- Beim Einsatz des bisher größten Polizeiaufgebots in der Geschichte der BRD (17.000 Polizisten und Spezialeinheiten in Rostock, landesweit 35.000) am 2. Juli 2007 in Rostock-Heiligendamm zum G-8-Gipfels gegen Proteste in großem Umfang die Unterstützung der Bundeswehr herangezogen (über 2.000 Soldaten, Tornados, Schnellboote, Panzerspähwagen usw.).

- An der größten „Antiterrorübung“ der bundesdeutschen Geschichte 2019 mit dem Titel „Baden-Württemberg Terrorismusabwehr Exercise“ war – öffentlichkeitswirksam inszeniert – nicht nur die Polizei, sondern auch die Bundeswehr beteiligt.

Nach außen: Verstärkte Kriegspolitik

Nach außen werden in raschem Tempo Waffenexporte in riesigem Ausmaß und die Ausweitung der Auslandseinsätze in den verschiedenen Erdteilen durchgezogen.

Bundeswehr-Einheiten sind u. a. in Mali stationiert, wo nach Recherchen des UN-Informationsdienstes „The New Humanitarian“ die von der EU und gerade auch von Deutschland trainierten Söldner nicht nur Putsche organisiert haben, sondern im Verlauf des Konflikts mehr Zivilisten ermordet haben als die sich auf den Islam berufenden faschistischen Söldner (FR 17.9.21). Die Bundeswehr hat Kampftruppen nach Osteuropa verlegt und Ende Januar 2017 die Führung eines NATO-Bataillons in Litauen übernommen. Den Bundeswehr-Truppen dort hat die neue Kriegsministerin sogleich auch ihren Besuch abgestattet. Dort soll jetzt auch eine Bundeswehr-Kaserne gebaut werden.

Im Sommer 2021 wurde die Kriegs-Fregatte „Bayern“ nach Südostasien entsandt, um dort erstmals seit 1945 wieder „Flagge“ zu zeigen.

Um die Fähigkeit der Bundeswehr zu „moderner Kriegsführung“ zu stärken, werden High-Tech-Drohnen und modernste Kampfflugzeuge angeschafft, die im Rahmen der NATO auch die sog. „Atom-Teilhabe“ gewährleisten sollen.

Das deutsche Militärpotential wird dabei noch erheblich verstärkt, indem Truppen anderer Staaten in die Bundeswehr „integriert“ werden. Die Niederlande haben seit längerem zwei Drittel ihrer Armeeverbände deutschem Kommando unterstellt. Seit 2017 wurden auch Heeresseinheiten Tschechiens und eine rumänische Armeeeinheit deutschen Divisionskommandos unterstellt. Weitere Länder folgen.

Die Zukunftspläne der deutschen Imperialisten mit ihrer Bundeswehr sind eindeutig ausgerichtet auf Krieg. Auch die offiziellen Planungsunterlagen und Papiere des deutschen Militärs sprechen eine recht offene Sprache. So heißt es im Erlass des deutschen Kriegsministeriums „Konzeption der Bundeswehr“ (2018), die Bundeswehr müsse schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, „in allen Dimensionen mit kurzem Vorlauf, mit umfassenden Fähigkeiten bis hin zu kampffähigen Großverbänden“ loszuschlagen.

Für diese „Einsatzorientierung“ der Bundeswehr aber müsse deren „Basis“ im Inland umfassend verstärkt werden: „Viele organisatorische Abhängigkeiten verbinden die Basis Inland unmittelbar mit den Kräften im Einsatz oder in einer Mission. Die zunehmende Verflechtung und die Möglichkeit, Aufgaben direkt aus Deutschland heraus zu erfüllen, erlauben keine Brüche zwischen dem Dienst im Heimatland und dem in einem Einsatz oder in einer Mission.“ (S. 12) Nur dadurch könne auch die „Resilienz“, d. h. das Ver-



Die „Rote Hilfe“ 4.2021 hat als Schwerpunkt: Bundeswehr und Militarisation.

Wir empfehlen unseren Leser:innen dieses faktenreiche Heft. Wenn nicht anders vermerkt, stammen die Fakten und Belege aus dieser Nummer.

Die Artikel in diesem Heft sind auch eine gute Grundlage für kritische Diskussion über die Fragen des antimilitaristischen Kampfes.

Bestellungen:
info@rote-hilfe.de

mögen zum Durchhalten auch langwieriger Kriegseinsätze an mehreren Schauplätzen gewährleistet werden.

Die feste Einbindung der „eigenen“ Bevölkerung in die Vorbereitung, dann aber vor allem in die Durchführung künftiger Kriege ist für die deutschen Imperialisten von größter Bedeutung, gerade auch um einen möglichen „Dolchstoß“ im eigenen Hinterland zu verhindern. Ohne nationalistische Verhetzung, ohne militaristische Mobilisierung, ohne Ausschaltung des Widerstands gegen ihre Kriegspläne werden die deutschen Imperialisten keine groß angelegten Kriege führen können.

★ ★ ★

Von größter Aktualität ist, was Karl Liebknecht über kapitalistischen Militarismus und Armee gesagt hat:

„Der kapitalistische Militarismus ist, soweit er sich nach außen richtet, in erster Linie eine Waffe im internationalen

Konkurrenzkampf, einmal um die Absatzmärkte, sodann um die Gebiete mit besonders günstigen natürlichen Produktionsbedingungen und mit besonders wertvollen, für die kapitalistische Produktion geeigneten Naturschätzen und Arbeitskräften, und damit ein Werkzeug zur Ausraubung der Völker (...). Auch die Bedeutung des inneren Militarismus nimmt mit der Fortentwicklung des Kapitalismus schnell zu. (...) Kirche und Schule, Wissenschaft und Kunst werden von den herrschenden Klassen in den Dienst gestellt, um im Proletariat nach Kräften denjenigen Geist, diejenige Gesinnung zu sichern und zu erzeugen, die ihnen im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft wünschenswert erscheinen. Die Klassenjustiz dient als Gewaltmittel zum gleichen Zweck der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. Polizei und Gendarmerie sind Spezialtruppen mit derselben Aufgabe. Das letzte und stärkste Gewaltmittel jedoch ist die Armee; sowohl in den wirtschaftlichen wie in den politischen Kämpfen gegen das Proletariat wird sie als Ultima ratio in täglich stärkerem Maße zur Verwendung gebracht, und zwar in Ländern mit freiheitlicher Verfassung nicht minder als in konstitutionellen Monarchien und in Despoten.“

(Karl Liebknecht, Der Militarismus, Thesen, Zweite Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen Kopenhagen 4. und 5. September 1910, Gesammelte Reden und Schriften, Band III, S- 469-475)

Flugblätter von GEGEN DIE STRÖMUNG zu Nazis, Bundeswehr und Militarismus

- **Skandal oder Normal? Nazis in der Bundeswehr – Imageprobleme der deutschen Imperialisten** (Mai/Juni 2017)
 - Die Bundeswehr – in der Kontinuität der Nazi-Wehrmacht aufgebaut
 - Spielarten der Wehrmachts-Traditionspflege
 - Nazis mitten in der Bundeswehr
 - Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: Krieg
 - Aufgaben im antimilitaristischen Kampf (10 Seiten A 4)
- **Nazi-Netzwerke fest verankert in der Bundeswehr** (Februar/März 21)
 - Das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) der Bundeswehr – eine Zentrale für Nazi-Netzwerke
 - Probleme und Aufgaben des Kampfes gegen Nazis und Nazi-Netzwerke (4 Seiten A 4)

Zu bestellen bei: Literaturvertrieb Georgi Dimitroff, Postfach 10 20 51, 63020 Offenbach a. M. / info@litvertriebdimitroff.de